Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule, Sport	Drucksachen-Nr. 303/2002
☒ Öffentlich	
☐ Nicht öffentlich	
Mitteilungsvorlage	
für ▼	Sitzungsdatum
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	02.07.02
Rat	16.07.02

Tagesordnungspunkt

Jahres- und Lagebericht 2001 der städtischen Bildungseinrichtung „Volkshochschule Bergisch Gladbach“

Inhalt der Mitteilung

- I. Allgemeiner Bericht
- II. Inhaltlicher Bericht
- III. Finanz- und Lagebericht
 - Jahresabschluss 2001
 - Anlagespiegel
 - Erläuterungen zum Jahresabschluss
- IV. Ausblick

I. Allgemeiner Bericht

Wenn man den aktuellen politischen Programmen und öffentlichen Reden Glauben schenken kann, ist Bildung mehr denn je als lebenslanger Prozess zu verstehen, der nicht mit der Jugendphase abgeschlossen ist.

Das Forum Bildung, ein Expertengremium der Bundesländer und des Bundes, gibt fünf Themenschwerpunkten ein besonderes Gewicht:

- Entwicklung von Bildungs- und Qualifikationszielen
- Förderung von Chancengleichheit
- Qualitätssicherung im internationalen Wettbewerb
- Lernen – ein Leben lang
- Neue Lern- und Lehrkultur

1. Umfassendes Bildungsverständnis

Für die Volkshochschule (VHS) Bergisch Gladbach steht in diesem Zusammenhang ein umfassendes Bildungsverständnis im Mittelpunkt, das die drei Dimensionen – Entfaltung der Persönlichkeit, Zugang zum Arbeitsmarkt und die Befähigung zur aktiven Teilhabe an Gesellschaft – integriert. Auf der einen Seite ist die tradierte Differenzierung zwischen allgemeiner, politischer und beruflicher Weiterbildung in vielen Teilbereichen nicht mehr tragfähig, zumindest nehmen die Überschneidungen zu. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass die – unbestrittene – Bedeutung von lebenslangem Lernen für die Wirtschaft die aktuelle Diskussion dominiert und zu einer „funktionalistischen Engführung“ der Diskussion führt. Demgegenüber muss ein integratives Bildungskonzept auch Bildungsziele für den privaten Lebensbereich umfassen, für dessen Ausgestaltung angesichts der Tendenzen zur Pluralisierung bzw. Individualisierung von Lebensstilen und Lebenslagen vielfältiges neues Orientierungs- und Reflexionswissen erforderlich ist. Schließlich sind unter dem Gesichtspunkt der Förderung von Demokratie und Gemeinwohl Stellenwert und didaktische Konzepte zur attraktiven Ausgestaltung politischer Bildung neu auszuloten.

2. Selbststeuerung von Lernprozessen als neues Leitbild

Als Reaktion auf den gesellschaftlichen Wandel gewinnt die Selbststeuerung der Lernenden als neues Leitbild für die Weiterbildung an Bedeutung. Die Selbststeuerung kann zunächst als Selbstmanagement interpretiert werden in dem Sinne, dass das Individuum die Initiative ergreift, um Ziele, Inhalte, Orte und Evaluationsstrategien von Lernprozessen aktiv zu gestalten. Dies setzt ein positives Selbstkonzept, elaborierte Strategien des Umgangs mit Wissen und eine hohe, auch intrinsische Motivation voraus. Weiter bezieht sich die Debatte um die Selbststeuerung von Lernprozessen auf die didaktische Ebene. Um Selbststeuerung innerhalb der konkreten Lernsituationen zu intensivieren, ist eine neue Lehr- und Lernkultur erforderlich, die die Subjektperspektive anstelle der Angebotsperspektive bzw. die Aneignungs- anstelle der Vermittlungsperspektive in den Vordergrund rückt. Das strukturelle Grundkonzept wurde im Nachtragswirtschaftsplan 2002 angesprochen.

3. Gestaltung von Rahmenbedingungen für eine Weiterbildung für alle

Wenn davon auszugehen ist, dass der Ressource Wissen sowohl für die Entwicklung von Individuen als auch der Gesellschaft zukünftig eine zentrale Bedeutung zukommen wird und wenn es nicht bei der bloßen Proklamation des Leitbildes der Selbststeuerung bleiben soll, dann ist es unter dem Gesichtspunkt von Chancengleichheit von zentraler Bedeutung, Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme von Weiterbildung zu schaffen, die eine Spaltung der Gesellschaft in solche, die über einen unproblematischen Zugang zu Wissen verfügen, und solche, für die dies nicht gilt, vermeiden.

II. Inhaltliche Entwicklung

Die VHS hat durch kontinuierliche Adaption gesellschaftlicher, ökonomischer und ökologischer, sozialer und integrativer Lernnotwendigkeiten das Programm qualitativ wie quantitativ aktualisiert. Die Produktbereiche, in sechs fachliche Elemente gegliedert, haben strukturell ihre Gültigkeit behalten. Aufgrund zukunftsorientierter Sichtweisen sollen markante Veränderungen der Weiterbildungsarbeit dargestellt werden.

A Prinzip "Lebenslanges Lernen"

Die Lernenden übernehmen immer mehr Verantwortung für die Steuerung und Organisation des kontinuierlichen Lernens. Grundlagen hierfür werden bereits in den ersten Lebensjahren erworben. In allen Bildungsabschnitten bedarf es neuer Formen der individuellen Beratung und Begleitung.

Lebenslanges Lernen erfordert eine bessere Verzahnung von Bildungsbereichen und Bildungswegen und setzt Ausbau und neue Konzepte der Weiterbildung voraus. Dabei ist das informelle Lernen in der Lebens- und Arbeitswelt stärker einzubeziehen. Modularisierung von Studium und Weiterbildung und neue Formen der Zertifizierung erleichtern das Fortsetzen von Bildung und Qualifizierung, bauen auf individuellen Voraussetzungen auf und ermöglichen die Verbindung von formellem und informellem Lernen.

Die VHS hat durch ihre Netzwerkarbeit eine enge Verzahnung im kommunalen Bildungsangebot geschaffen.

Das Beratungsangebot wurde kontinuierlich erweitert und professionalisiert.

Am Prozess der internationalen Zertifikatsentwicklung Xpert (europäisches Zertifikatssystem im EDV-Bereich und Baukastensystem social skills) war die VHS Bergisch Gladbach beteiligt und stimmt ihre Curricula auf diese berufsfeldorientierten Zertifikate ab.

B Lernen, Verantwortung zu übernehmen

Orientierung im Wandel setzt Erfahren und Reflektieren von Werten voraus. In allen Bildungseinrichtungen sind Aufgaben zur Übernahme von Verantwortung und Formen der Mitwirkung und der Selbstorganisation zu entwickeln, die auch den Lernprozess selbst mit umfassen.

Das vollzieht sich in Lernprozessen durch Selbst- und Mitgestaltung von Seminararbeit, durch einen Ausbau von Beratung und Lernprogrammen, durch Evaluationsverfahren (Teilnehmer- und Dozentenbefragung) und durch die Mitwirkungsformen bei der Bildungsarbeit.

Eigenverantwortung und Teamarbeit haben einen zentralen Stellenwert in den arbeitsmarktrelevanten Bildungsmaßnahmen sowie in Integrations- und Schulabschlussangeboten.

C Qualität der Lehrenden

Die Lehrenden (ca. 350 pro Semester) der VHS spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des kommunalen Bildungsnetzes.

Die neuen Aufgaben, Inhalte und Methoden, die für die Verwirklichung der Bildungsveränderungen erforderlich sind, werden in die Aus- und Weiterbildung der Lehrenden aufgenommen. Die Verbesserung pädagogischen Handelns wird durch bessere materielle und personelle Rahmenbedingungen in der VHS unterstützt.

Den Lehrenden wird ein Baukastensystem von Bildungsinhalten zur Fortbildung angeboten, die erwachsenenpädagogisch und fachspezifisch aufeinander bezogen sind. Zusatzmodule und Qualifi-

zierungslehrgänge komplettieren das Angebot. Durch die Unterstützung des Fördervereins der VHS kann das breite Spektrum der Fortbildung attraktiv gesichert werden. In diesem Kontext soll die Entwicklung von Zukunftskompetenzen, nämlich die Verknüpfung von solidem Fachwissen mit fachübergreifenden Qualitäten als Grundlage von Lern-, Lehr- und Handlungskompetenz gewährleistet werden.

Die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern ist für die VHS gängiges Leitprinzip. Dabei muss die Zusammenarbeit mit dem Frauenbüro und der Regionalstelle Frau und Beruf erwähnt werden.

D Medienkompetenz – differenziert fördern

Die Chancen der Informations- und Kommunikationstechnologie zur Unterstützung von Lernen und Lehren werden in allen Bildungsbereichen genutzt. Dazu sind neben der technischen Ausstattung vor allem neue pädagogische und didaktische Konzepte und – wie erwähnt – eine anwendungsbezogene Personalfortbildung erforderlich. Der Einsatz von Medien für das Finden, Auswählen und die Verteilung von Wissen ist besonders erfolgreich, wenn neue Medien mit anderen Medien und Lernmethoden kombiniert und in einen sozialen Kontext eingebettet sind.

An entsprechenden Konzepten ist die VHS Bergisch Gladbach beteiligt. Durch die permanente Aktualisierung ist das Bildungsangebot “Medien – Beruf” ein wichtiger Baustein für den Wirtschaftsstandort Bergisch Gladbach.

E Die Volkshochschule ist für alle da

Die Integrationsarbeit der Volkshochschule leistet gerade für Bildungsbenachteiligte wertvolle Dienste.

In dem Maße, in dem Wissen und Kompetenzen Schlüssel für die Zukunft bedeuten, führen Nichtwissen und Nichtbeherrschen von Kompetenzen immer häufiger zu sozialer und beruflicher Ausgrenzung. Die Zahl der Jugendlichen, die ohne Abschluss und ohne anerkannte Berufsausbildung bleiben, muss gesenkt werden. Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung erhalten bei der VHS in Kooperation mit dem Arbeitsamt eine zweite Qualifizierungschance.

Lebenslanges Lernen muss auch für Personen möglich werden, die bisher zu wenig an Weiterbildung teilnehmen. Die Sprachförderung für ausländische Mitbürger und für Spätaussiedler muss erweitert werden. Die VHS hat an einem bundesweit relevanten Konzept mitgewirkt. In der Umsetzung besteht eine aktuelle Aufgabe.

Die dargestellten Aspekte sind wichtige Komponenten einer veränderten Bildungslandschaft. Aufgrund der prozentual drastisch reduzierten öffentlichen Mittel ist die Umsetzung gefährdet. Die VHS versucht dennoch, ihrem Bildungsauftrag gerecht zu werden.

III. Finanz- und Lagebericht 2001

1. Allgemeine Angaben

Die VHS Bergisch Gladbach wird gemäß § 88 Abs. 2 GO NW entsprechend den Vorschriften über Eigenbetriebe geführt und als Sondervermögen gem. §82 Abs. 1 Nr. 3 i.V. mit Abs.3 GO NW aus der Haushaltswirtschaft der Stadt ausgesondert.

Die Einrichtung wird nach Bestimmungen der Satzung vom 15.09.1994 geführt.

Zweck der Einrichtung ist die Unterhaltung einer VHS nach dem Weiterbildungsgesetz, welche nicht unter dem Aspekt einer Gewinnerzielung betrieben wird, so dass diesbezügliche steuerrechtliche Vorschriften keine Anwendung finden.

Die Buchhaltung der VHS wird im EDV-Verfahren nach dem geprüften System „FINANCIAL OFFICE“ der Firma Lexware erstellt.

Die Grundlage für die Kontierung und die Auswertung erfolgt nach dem DATEV-Kontenrahmen SKR 03

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach den Vorschriften und Formblättern der EigVO (§22 Abs. 1 und 23 Abs. 1 EigVO i.d.F. vom 01.06.1988).

Gemäß § 21 der Eigenbetriebsverordnung findet das Dritte Buch des Handelsgesetzbuches für die Aufstellung des Jahresabschlusses sinngemäß Anwendung, soweit sich aus dieser Verordnung nichts anderes ergibt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den Vorgaben des Vorjahres.

3. Vermögens- und Ertragslage

a) Vermögenslage

Die Jahresabschlussbilanz 2001 ist ausgeglichen und weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 8.032 DM aus.

Im Nachfolgenden sind die Bilanzposten zum Ende des Wirtschaftjahres den Werten des Vorjahres gegenübergestellt.

	Bilanz 31.12.01 DM	Bilanz 31.12.00 DM	Veränderung DM
AKTIVA			
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.686	3.233	3.453
Sachanlagen	461.833	544.249	-82.416
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.183	3.678	-1.495
Sonstige Vermögensgegenstände	47.070	77.214	-30.144
Liquide Mittel	1.053.892	923.303	130.589
Rechnungsabgrenzungsposten	10.137	4.891	5.246
PASSIVA			
	31.12.01	31.12.00	Veränderung
Eigenkapital	1.246.930	1.273.506	-26.576
Sonstige Rückstellungen	136.976	133.465	3.511
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.381	2.505	-1.124
Sonstige Verbindlichkeiten	172.513	136.908	35.605
Rechnungsabgrenzungsposten	24.000	10.184	13.816

Erläuterungen zur Bilanz

AKTIVA

Das **Anlagevermögen** wird seit der Ausgliederung aus dem städtischen Haushalt grundsätzlich zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige nutzungsbedingte Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen folgen der linearen Methode. Die Nutzungsdauer bewegt sich zwischen 3 und 15 Jahren. Die Zusammensetzung des Sachanlagevermögens nach Anlagen- gruppen sowie Anschaffungswerte, Abschreibungen und Buchwerte sind dem Anlagesammelnachweis, der als Anlage beigelegt ist, zu entnehmen.

Die **Forderungsbestände** sind mit ihrem Nennwert bewertet.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Forderungen aktiviert, die dem Geschäftsjahr 2001 zuzuordnen sind, aber erst im Jahr 2002 zu Einzahlungen führen.

Die **liquiden Mittel** sind zum Nennwert bewertet. Sie betreffen Kassenbestände sowie Guthaben bei der Kreissparkasse Köln.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet u.a. den Mitgliedsbeitrag an den Landesverband der Volkshochschulen, der bereits im Dezember 2001 für Januar 2002 ausgezahlt wurde.

PASSIVA

Die **allgemeine Rücklage** setzt sich aus dem zum 01.01.1995 in den Betrieb eingebrachten Eigenkapital der Stadt, den Zuweisungen Dritter für Investitionen, den Einlagen seitens der Stadt für Investitionen (Investitionszuschüssen) sowie den anteilig im Eigenbetrieb verbleibenden Jahresergebnissen zusammen. Sie dient der technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung der VHS (§ 10 Abs. 3 EigVO).

Die **sonstigen Rückstellungen** zum 31.12.2001 enthalten Beträge für

- noch nicht abgerechnete Kosten der Jahresabschlussprüfung ,
- die erstmals (rückwirkend bis zum Jahr 1995) zu zahlende Künstlersozialabgabe ,
- die Währungsumstellung auf Euro,
- den noch nicht angetretenen Urlaub der Mitarbeiter,
- sonstige Aufwandsrückstellungen.

Auf die Bildung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wird aufgrund des vorliegenden Bilanzierungswahlrechts gem. Artikel 28 EGHGB (alle Versorgungsansprüche wurden vor dem 31.12.1986 begründet) verzichtet.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind zu ihren jeweiligen Rückzahlungsbeträgen passiviert. Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind kurzfristig. Hierbei handelt es sich überwiegend um zur Zahlung anstehende Dozenten honorare und Lieferantenrechnungen, die aus kassentechnischen Gründen erst im Geschäftsjahr 2002 abgewickelt werden können.

Des weiteren wurde der nicht ausgeschöpfte zweckgebundene städtische Zuschuss für die Anmietung städtischer Sportstätten als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt passiviert..

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet die im Geschäftsjahr vereinnahmten Erträge, die wirtschaftlich das Jahr 2002 betreffen.

b) Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für das Geschäftsjahr 2001 einen **Jahresüberschuss** in Höhe von **8.032 DM** aus.

Die Gesamterträge haben im Jahr 2001 eine Höhe von **3.745.689 DM** erreicht; dem gegenüber stehen Aufwendungen in Höhe von **3.737.657 DM**.

Im Nachfolgenden sind die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Wirtschaftsjahres den Werten des Vorjahres gegenübergestellt.

		GuV 2000 DM	GuV 2001 DM	Veränderung 00/01: + Zuwachs - Abbau DM
Ertrag:				
	Umsatzerlöse	1.207.786,70	1.181.358,32	-26.428,38
	Sonstige betriebliche Erträge	2.603.657,22	2.564.330,20	-39.327,02
	<i>Nachrichtlich:</i> <i>Betriebskostenzuschuss</i>	<i>1.542.2400,00</i>	<i>1.432.862,00</i>	-109.378,00
	Summe Erträge:	3.811.443,92	3.745.688,52	-65.755,40
Aufwand:				
	Materialaufwand Erhaltene Skonti	-2.004,36	-1.006,61	997,75
	Personalaufwand	1.619.043,54	1.593.559,85	-25.483,69
	Sonstiger betrieblicher Aufwand			
	a) Betriebsaufwand	739.988,29	751.500,32	11.512,03
	b) Geschäftsaufwand	190.483,01	151.208,84	-39.274,17
	Bezogene Leistungen	1.047.063,95	1.006.410,10	-40.653,85
	Abschreibungen	185.071,50	208.516,91	23.445,41
	Außerord. und sonst. Aufwendungen	12.013,93	27.467,20	15.453,27
	Summe Aufwand:	3.791.659,86	3.737.656,61	-54.003,25
	(+)Gewinn/(-)Verlust	19.784,06	8.031,91	-11.752,15

Im Geschäftsjahr 2001 waren die Erträge gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus der Kürzung des Betriebskostenzuschusses der Stadt (-109.378 DM gegenüber dem Vorjahr). Der Betriebskostenzuschuss wird in der GuV als sonstiger betrieblicher Ertrag ausgewiesen.

Die Einnahmen aus Teilnehmerentgelten stagnierten auf dem hohen Niveau des Jahres 2000.

Der zweckgebundene Anteil des Betriebskostenzuschusses für die Anmietung städtischer Sportstätten (35.600 DM) aus dem Jahr 2000 wurde nur in Höhe von DM 29.200 ausgeschöpft; der Restbetrag wurde als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt passiviert.

Die **Gesamtaufwendungen** 2001 betragen DM 3.737.657 und ihre Verteilung stellt sich wie folgt dar:

Der **Betriebsaufwand** ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Energiepreissteigerung leicht angestiegen (+1,5%).

Der **Geschäftsaufwand** bewegt sich auf dem Vorjahresniveau. Bei diesem Vergleich wurde die einmalige Aufwandsbelastung aus dem Jahr 2000 (Abgabe an die Künstlersozialkasse für die Jahre 1995-2000 und Aufwendungen im Rahmen der Währungsumstellung) in Abzug gebracht.

Die Aufwendungen aus **Abschreibungen** sind durch die notwendigen Ersatzbeschaffungen im Rahmen der Hardwareausstattung der Computerräume leicht gestiegen. Es wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens vorgenommen.

Die Reduzierung im Bereich der **bezogenen Leistungen** resultiert hauptsächlich aus der quantitativen Senkung der Dozenten honorare.

Der Kostendeckungsgrad zwischen Teilnehmerentgelten (inkl. Löwenpass) und Dozenten honoraren konnte im Vergleich zum Vorjahr nochmals um weitere 4,7% auf 139,1% gesteigert werden und erreichte mit einer Überdeckung von DM 332.227 im Jahr 2001 seinen Höchststand.

Deckungsgrad: Erträge aus Teilnehmerentgelten / Dozenten honoraren

Jahr	Aufwand Dozenten honorare DM	Erträge aus Teilnehmerentgelten (einschl. Löwenpass) DM	Deckungs- Grad %	Über-/ - Unterdeckung DM
1991	761.000,00	600.501,00	79,0	-160.499,00
1992	778.582,00	691.801,00	88,8	-86.781,00
1993	682.700,00	648.470,00	94,9	-34.230,00
1994	669.697,00	738.134,00	110,2	68.437,00
1995	700.529,00	810.928,00	115,8	110.399,00
1996	780.726,00	944.587,00	121,0	163.861,00

1997	820.988,00	1.005.292,00	122,4	184.304,00
1998	881.127,00	1.059.902,00	120,3	178.775,00
1999	850.127,00	1.101.724,50	129,5	250.954,50
2000	900.383,00	1.209.669,00	134,4	309.286,00
2001	850.177,00	1.182.404,00	139,1	332.227,00

Die Elemente „Sprachen“, „Arbeit und Beruf“ und „Gesundheit“ bilden die Standsäulen der VHS. Aus diesen Einnahmequellen werden kostenintensive Bereiche der Elementar- und politischen Bildung getragen.

Der Kostendeckungsgrad zwischen Teilnehmerentgelten und Honorarkosten pro Produktelement stellt sich für das Geschäftsjahr 2001 wie folgt dar:

Die Daten zeigen, dass die Produktelemente 1 – 5 im Bereich Teilnehmerentgelte/Honorarkosten kostendeckend kalkuliert und durchgeführt werden.

Das Produktelement 6 „Elementarbildung“ zeichnet sich durch eine signifikante Unterdeckung aus, was dem Ausschuss wiederholt dargelegt wurde.

Im Sprachbereich (Produktelement 4) sind sprachliche Integrationskurse bei der Berechnung mit einbezogen, so dass sich hier eine Kostenrelativierung ergibt; d.h. Integrationskurse haben einen erheblich niedrigeren Deckungsgrad, welcher sich Niveau senkend auswirkt.

Die **Personalaufwendungen** konnten trotz Tariferhöhungen - im Rahmen von Personalentscheidungen durch die VHS-Leitung - deutlich den von Fachbereich 1 prognostizierten Planansatz unterbieten.

Personalbestand zum 31.12.2001:

Beschäftigte	Vollzeitkräfte	Halbtagskräfte
Beamte	3	1
Angestellte	9	5
Arbeiter	0	0
Gesamt:	12	6

4. Statistik

Der quantitative Ausbau des Weiterbildungsangebots zur wirtschaftlichen Sicherung der VHS-Ziele konnte vollständig umgesetzt werden

Die durchgeführten Unterrichtsstunden und Aktivitäten wurden seit Gründung des Eigenbetriebs ständig erweitert. Seit 1998 haben sich sowohl die Unterrichtsstunden (26.500) als auch die Aktivitäten (13.000) auf hohem Niveau stabilisiert.

Die Teilnehmerzahlen waren im Jahr 2001 mit einer Anzahl von 20.511 leicht rückläufig; auch dieser Bereich ist mit durchschnittlich 21.000 Teilnehmern seit 1997 stabil.

5. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2001 schließt ausgeglichen ab. Der Jahresabschluss 2001 weist gegenüber dem Wirtschaftsplan eine positive Abweichung in Höhe von DM 8.032.

		Wirtschaftsplan	Ergebnis	Differenz
		2001 (DM)	2001 (DM)	zum WP (DM)
Erträge	Umsatzerlöse	1.046.500,00	1.181.358,32	134.858,32
	Sonstige Erlöse	970.500,00	1.068.846,54	98.346,54
	Andere Einnahmen	1.489.932,00	1.495.483,67	5.551,67
	Summe	3.506.932,00	3.745.688,53	238.756,53
Aufwendungen	Materialaufwand	0,00	-1.006,61	-1.006,61
	Personalkosten	1.678.000,00	1.593.559,85	-84.440,15
	Sonst. Aufwendungen	1.828.932,00	2.145.103,37	316.171,37
	Summe	3.506.932,00	3.737.656,61	230.724,61
Ergebnis:	Überschuss	0,00	8.031,92	8.031,92

Anmerkung:

Im Wirtschaftsplan 2001 sind im Bereich der sonstigen Aufwendungen keine Abschreibungen erfasst (200.000 DM).

6. Jahresergebnis

Den bisher konstanten Einnahmen aus Teilnehmerentgelten und dem wirtschaftlichen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen ist es zu verdanken, dass bei einem zum Vorjahr erheblich gekürzten Betriebskostenzuschuss (-109.000 DM) zusätzliche Aufwendungen (z.B. Künstlersozialabgabepflicht, Personalkostensteigerungen aufgrund von Tarifierhöhungen und Preissteigerungen im Energiebereich) seitens der VHS erwirtschaftet werden konnten und darüber hinaus ein Jahresüberschuss in Höhe von 8.032 DM erzielt wurde.

Jahr	Gesamtaufwand 100%	Betriebskosten- zuschuss		Zuschuss Land		Teilnehmer- entgelte		Sonstige Erlöse	
	DM	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
1995	3.228.654,00	1.674.005,00	52	753.492,00	23	810.928,00	25	166.390,00	5
1996	3.355.945,00	1.575.000,00	47	784.628,00	23	940.930,00	28	171.812,39	5
1997	3.432.489,08	1.549.000,00	45	790.394,00	23	1.005.292,00	29	201.567,00	6
1998	3.375.560,00	1.601.940,00	47	792.681,00	23	1.054.432,00	31	207.806,19	6
1999	3.657.216,16	1.520.000,00	42	769.598,00	21	1.093.642,00	30	269.231,45	7

2000	3.791.659,86	1.542.240,00	41	772..996,00	20	1.201.984,70	32	274.439,1 6	7
2001	3.737.657,00	1.432.862,00	38	778.196,00	21	1.174.636,00	31	359.995,0 0	10

Das Betriebsergebnis der VHS ist unter Berücksichtigung des Betriebskostenzuschusses positiv. Dieses Ergebnis zeigt, dass durch Innovation, Kooperation und Vernetzung eine Verbindung von ökonomischer Vernunft und bildungspolitischer Notwendigkeit hergestellt werden konnte.

Der gesamtstädtische Ausbau der internen Leistungsverrechnung (Umverteilung der kamerale Kosten nach einer zentral vorgegebenen Berechnungsgrundlage) führt zusätzlich zu wesentlich höheren Ausgaben im VHS-Etat. So führt ab dem Geschäftsjahr 2001 die Verrechnung des Musterprodukts 2 des FB 4 "Anmietung von Sportstätten" zu Mehrbelastungen in Höhe von ca. DM 20.000, die nicht mehr durch eine entsprechende Erhöhung des städtischen Betriebskostenzuschusses ausgeglichen werden.

Die gesteckten Ziele der VHS sind qualitativ und quantitativ erreicht.

Aufgrund der gegebenen Struktur der Einrichtung ist eine vollständige Kostendeckung über Entgelte nicht erzielbar, so dass zur Aufrechterhaltung des satzungsgemäßen Betriebs dauernd ein angemessener städtischer Zuschuss erforderlich ist.

Um die Mehrbelastung des Geschäftsjahres 2001 annähernd kompensieren zu können, ist der vollständige Verbleib des Jahresüberschusses in der Einrichtung dringend geboten.

IV. Ausblick

Die VHS Bergisch Gladbach hat ihre Position als zentrale Weiterbildungseinrichtung bestätigt und möchte auch künftig den erreichten Status mit dem vorhandenen Qualitätsstandard auf dem bisher erreichten Niveau stabilisieren und dem Bürger zur Verfügung stellen.

Die stetige Kürzung des städtischen Betriebskostenzuschusses und die Quersubventionierung anderer kultureller Einrichtungen durch die Auflösung von erwirtschafteten Gewinnen seitens der VHS schränken das Handlungsspektrum der VHS ein und gefährden zusätzlich die bisher solide Kapitalsubstanz; die Gewährleistung eines ausgeglichenen Betriebsergebnisses wird immer schwieriger.

Eine flächendeckende, bedarfsgerechte, sozial- und bildungspolitische Angebotsvielfalt unter Einbeziehung der ökonomischen Vernunft gehört zum modernen Verständnis der Erwachsenenbildung.

Um den gesellschaftlichen und finanzpolitischen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können, sind folgende Faktoren weiterhin zu berücksichtigen:

- An der öffentlichen Verantwortung für die Weiterbildung als quartärem Bildungsbereich ist entschieden festzuhalten.

- Die Vielfalt der Weiterbildungsangebote ist beizubehalten.

- Um eine flächendeckende Bildungsversorgung bevölkerungsnah gewährleisten zu können, sind im dezentralen Angebot - insbesondere für Bensberg und Refrath - feste, erwachsenengerechte Räumlichkeiten wünschenswert.

- Produktentwicklung und Wirtschaftsergebnisse sollten in einem Kontrakt festgeschrieben und auf längere Planungsphasen verlässlich festgelegt werden (z.B. Zuschussbetrag auf derzeitigem Stand für 3 Jahre festlegen).
- Weiter zu entwickeln ist ein von den Bedürfnissen der Menschen, der Stadt und der Region geprägtes offenes System, das den Bürgern hilft, sich auf künftige Herausforderungen durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel vorzubereiten.
- Bildung und Ökonomie sollen wie bisher ausgewogen angewandt werden; das betriebswirtschaftliche Denken und Handeln wird fortgeführt; bei der allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation sollten die Betriebsergebnisse in etwa gehalten werden.